

Liebe Freunde und Freundinnen des IFF,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

das IFF setzt Patina an. Nach unserem 6. Weihnachtessen mit 18 IFF-Beschäftigten und unserem traditionellen Seminartag zum Selbstverständnis des IFF nun auch schon der obligatorische Neujahrsbrief, der immer dann kommt, wenn Sie glauben Ihre Neujahrspost schon bewältigt zu haben.

1. **(Das liebe Geld)** Daß der Brief so spät kommt ist schon Politik. Erst zwischen Weihnachten und Neujahr kehrt bei uns etwas Muße ein, denn alle Projekte mit dem öffentlichen Dienst müssen vor Weihnachten abgeschlossen sein. Warum ist das politisch? Der Staat leistet sich unbeirrt von seinem Funktionswandel neben der ohnehin kurz bemessenen politischen Vierjahressicht die fiskalische 12-Monatskurzsichtigkeit in einer Zeit, in der ein normales Unternehmen seine Investitionen über 10 Jahre planen muß.



Deshalb ist unser Vorweihnachtsstreß im IFF das Pendant zur Frühlingsflaute im öffentlichen Dienst. Aber das löst sich zur Zeit bedauerlicherweise. Hamburg verfügte im November Ausgabenstop und legte damit den Etatausschöpfungsstreß für die eingeweihten Behörden schon auf Oktober. Wenn der Ausgabenstop bereits im Januar verfügt wird, brauchen auch diese Probleme nicht mehr diskutiert werden.

Wer wie das IFF antritt, öffentliche Aufgaben in privater Form zu übernehmen, kommt an den Friktionen irrationalen Wirtschaftens nicht vorbei. Im Dezember 1992 lief das Füllhorn der Auftraggeber über und entsprechend optimistisch war der letzte Weihnachtsbrief mit einem verführerischen Kontostand. Wir glaubten alle auslaufenden ABM-Projekte mit Eigenmitteln ersetzen zu können. Doch bis Juni bekamen wir dann kein Geld mehr in die Kasse. Im September war selbst unser Überziehungskredit erschöpft.

Der Verbraucher-Zentrale Hamburg, einem mit ca. 1 Mio DM bescheidenen Subventionsempfänger des Landes Hamburg mit erheblicher wirtschaftlichen Breitenwirkung (was man für die Erkundungsfahrten von unzuständigen Behördenvertretern in die USA zum selben Zeitpunkt nicht unbedingt behaupten kann) hätte man mit diesem eingebauten Mechanismus fast den Garaus gemacht, als Ende 91 plötzlich und scheinbar ahnungslos festgestellt wurde, daß man das Fiskaljahr auch mit 170.000.- DM Schulden ausgeglichen abschließen kann. Die Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten kann man nämlich für die letzten Monate des Jahres seit jeher erst im Januar mit frischen Subventionen zahlen, so daß bilanziell ein Minus, kameralistisch aber ein ausgeglichener Etat erscheint. Nur, eine Bilanz durfte bisher nicht erstellt werden. Damit hätten die öffentlichen Subventionsgeber wegen der "plötzlichen Armut der reichen Leute vom Verbraucherschutz" gar keine Überraschung heucheln müssen. Hintergrund war, daß ein paar Beamten Vorstand und Geschäftsführung dieses Vereins nicht paßten und man deshalb eine letztlich dann doch wieder fallengelassene Schattenzentrale an die Stelle setzen wollten.

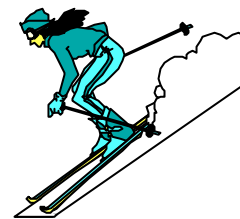
Im IFF wußten wir wenigstens durch unseren Prüfer und seine Bilanz, daß ein hoher

Kontostand nicht vor Verlustausweis schützt. Das IFF schrumpft sich zurecht. Hatten wir 1991 noch ca. 1,2 Mio Etat, waren es 1992 knapp über 1 Mio und am 31.12.1993 werden wir incl des IFFO ca. 900.000.- DM durch unsere Kassen laufen gelassen haben. Unsere Planung für 1994 sieht knapp über 800.000.- DM vor. Wir machen trotzdem aus dem IFF keine öffentliche Arbeitsplatzverwahranstalt sondern versuchen es mit lean production. Im Gegensatz zu vielen Verwaltungen des öffentlichen Dienstes, die mit dem Bankrott ihrer Etats nur noch aus Personalmitteln bestehen, d.h. Schreiber ohne Bleistifte und Papier beschäftigen, bleibt im IFF der Quotient zwischen Personal- und Arbeitsmitteln bei 60:40 auch 1994.

1/3 unseres Etats werden wir wieder in anderen Ländern verdienen vor allem in Kooperation mit der EG-Kommission, 1/3 kommt aus der deutschen Verbraucherszene und 1/3 verdienen wir inzwischen auf einem Markt, über den uns eine im Dezember abgeschlossene Marktanalyse, die vom IFF mitfinanzierte von zwei seiner ehemaligen studentischen Hilfskräfte durchgeführt wurde, Aufschluß gibt. Reichen tut das allemal noch nicht. Wir bezahlen zwar tariflich korrekt aber mit dem kleinen Trick einer zwangsreduzierten Arbeitszeit für unsere Beschäftigten, die keiner rausschmeißt, wenn sie mal länger arbeiten "wollen". Unabhängigkeit hat ihren Preis und auch 1994 wollen wir uns vorbehalten, nur solche Aufträge anzunehmen, mit denen wir glauben, ein paar längerfristige Spuren hinterlassen zu können.

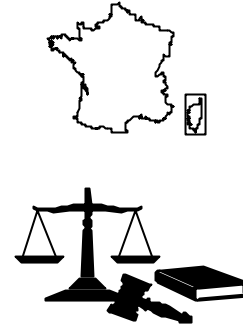
2. Solche **Spuren** haben wir 1993 wahrgenommen. Das hilft ein bißchen darüber hinweg, daß man beim Spuren im Tiefschnee mehr Mühe hat als die nachfolgenden Rennläufer und trotzdem keine Medaillen gewinnen kann. (Die Vorläufer werden bei den Winterspielen nicht einmal namentlich erwähnt)

Das IFF hat seit seinem Bestehen jährlich ca. 4 Gutachten angefertigt. Wer sich in der Szene auskennt, weiß, daß bei Staat und Wirtschaft die Schubladen voller solcher Ergüsse aus der Fachwelt stecken. Die freundliche Bitte, doch immer eine Kurzfassung von höchstens 15 Seiten beizulegen und die Nachfrage, ob man die Kurzfassung nicht noch mal auf 3 Seiten zusammenfassen könne, spiegeln durchaus die Aufnahmekapazität vieler Auftraggeber wider, die etwas für Politiker oder Manager vorbereiten sollen, die ohnehin nichts mehr lesen und für ihre kurzfristigen Projekte kaum noch Hintergrund brauchen. Nicht alle Schubladenaufträge sind Gewohnheit und Etatausfüllung. Manche sind sogar Selbstzweck, weil, wie wir es mit dem Bauministerium erfahren mußten, die Öffentlichkeit mit dem Versprechen einer "Untersuchung" häufig schon bei akuten Problemen befriedet werden kann. Das Gedächtnis der Öffentlichkeit, so weiß der Minister, reicht von einer Tagesschau zur anderen.



Daß wir nicht in solchen Schubladen enden wollen, war von Anfang an unserer Prinzip, mit dem wir uns aktiv an der Themensuche beteiligten und die Öffentlichkeit unserer Arbeitsergebnisse zum Grundprinzip machten. Seither tragen wir auch darüberhinaus noch selber für die Publikation Sorge, ein Service, der uns finanziell meist ruiniert und manchem Auftraggeber, wie das letzte Beispiel zeigt, sogar unangenehm ist.

a) Erst unlängst hat das Bundesverfassungsgericht (und bereits vorher der Bundesgerichtshof) die formularmäßige Mithaftung von Familienangehörigen erheblich eingeschränkt. Wir hatten bereits vor einigen Jahren ein entsprechendes Gutachten für die AgV gefertigt, dann noch als Fachaufsatz umgearbeitet, publiziert und schließlich entsprechend angepaßt Kläger gesucht, die damit bis vor das Bundesverfassungsgericht gingen. In einer Vielzahl von Presse- und Fernsehinterviews wurde das Thema von uns erläutert. Bei den Stellungnahmen, die das Bundesverfassungsgericht einholte, war wiederum das IFF (unentgeltlich) aktiv und kurz vor dem Urteil haben wir uns sogar über die interne Reaktion des Bundesverbandes deutscher Banken freuen dürfen, der den Mitgliedern angesichts drohender rechtlicher Einschränkungen empfahl, doch von der Mithaftung sparsamsten Gebrauch zu machen. Aus unserem Gutachten entsprang im übrigen noch ein Gesetzesentwurf, für den sich das Justizministerium und Parteien interessierten, der allerdings dann nicht umgesetzt wurde.



Jetzt haben wir das für den sozialen Verbraucherschutz grundlegende Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem auf 1 1/2 Seiten ausführlich aus unserem Gutachten zitiert wird. Auch die Österreicher erhielten unsere Arbeit und vielleicht ist die entsprechende Regelung im österreichischen Gesetz auch ein bißchen dem mitgeschuldet. Mit einem solchen Urteil hat sich, und das sollten unsere Kritiker in den Verbänden akzeptieren, schon die Arbeit eines ganzen Jahres gelohnt, wenn für ein Konsumentenkreditvolumen von ca. 150 Mrd. DM jetzt fraglich ist, ob die Kreditgeber weiterhin rechtlich diesen Betrag zwei Mal verlangen dürfen. Das ist ein wichtiges Beispiel der Reintegration sozialer Risikokosten in den Wirtschaftskreislauf, kurz *social recycling*.

b) Ähnlich erfolgreich war unser Gutachten zu den Kapitallebensversicherungskrediten, bei denen Kreditnehmer mit parallelen Ansparverträgen übervorteilt wurden. Wieder folgte dem Gutachten eine Veröffentlichung sowie eine Urteilsanmerkung auf die sich der Bundesgerichtshof (Urt. v. 3.4.1990) in seiner Grundsatzentscheidung dann stützte. Wir haben dies Urteil des BGH noch entsprechend rechnerisch ausgewertet und mit einem weiteren Aufsatz ergänzt, was schließlich mithalf, eine in Europa einmalige Rechtsprechung insgesamt zu Kombinationsfinanzierungen ("Sparen auf Kredit") zu schaffen, die solche Konstruktionen als schädigend und aufklärungsbedürftig darstellten. Da wir außerdem noch ein EDV-Programm (CALS 2.0) entwickelt haben, das die Kalkulation solcher Schäden erleichtert, war es z.B. der Verbraucher-Zentrale Hamburg nach ihrem Jahresbericht 93 möglich, ohne Gerichte mit der BFG-Bank für alle Betroffenen Entschädigungsvergleiche auszuhandeln.

Diese Einsichten haben auch die Grenzen überschritten. Bei unserer Übertragung des EDV-Programms ins Französische mußten wir das System erst erklären, weil in Frankreich Kapitallebensversicherungen noch die Ausnahme sind. Inzwischen kaufen die Franzosen deutsche Finanzierungen, hat die AGF die Volksfürsorge übernommen. Einige Banken und Versicherungen in Frankreich und Belgien kommen jetzt mit dieser Novität auf den Markt, wo sie allerdings schon ein bißchen von der deutschen Rechtsprechung erwartet werden.

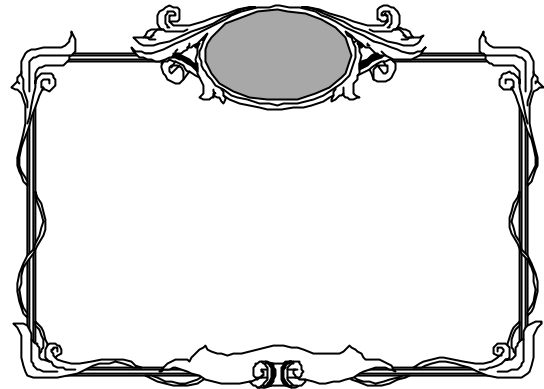
Bei dem französischen Gutachten für die Hypothekenkreditrichtlinie haben wir uns bei der schwesterlichen Anfrage die Mühe gemacht, die Bösartigkeiten des Sparkredit-System etwas in Französisch zu erläutern und damit auf seine Berücksichtigung in der Richtlinie zu drängen. Auch unsere englischen Kolleginnen und Kollegen haben sich inzwischen darüber informiert, obwohl sie eine ähnliche Rechtsprechung in Großbritannien noch für ausgeschlossen halten.

c) Dafür waren wir aber mit unseren älteren Gutachten zu sittenwidrigen Ratenkrediten sowie den entsprechenden EDV-Programmen nach den Erfolgen in der deutschen Rechtsprechung (die wir keinesfalls uns allein zuschreiben) in Großbritannien erfolgreicher. Einige Herren des Office of Fair Trading waren im IFF und wir haben ihnen die Prinzipien der Wucherkontrolle erläutern und zudem noch eine BGH-Entscheidung ins Englische übersetzt mitgeben können. Natürlich hätten wir den

Engländern lieber das französisch/niederländische System fixer Obergrenzen ans Herz gelegt, aber sie fanden das deutsche System gerade noch tragbar und haben es tatsächlich in Großbritannien offiziell vorgeschlagen. Es soll dort geltendes Recht werden.

Dazu half auch noch die BBC. Sie hat uns zur Starzeit mit unseren Computerprogrammen (die wir gerade in einem EG-Projekt für Birmingham Settlement übersetzt hatten) englische Wucherkredite rechnen lassen (ein Kredit über 500% p.a. kam nicht heraus, weil wir im Programm bei solcher Höhe einen Eingabefehler vermuten). Unseren Kommentar sowie anschließend in der gleichen Richtung die Ausführungen unserer englischen Kooperationspartner haben sie dann ausgestrahlt. Das bringt zwar alles nichts ein und die BBC hat genauso wie das Schweizer Fernsehen, das einen 20 Minutenfilm über das IFF (Wir bildeten den dritten "aufbauenden" Teil einer dreiteiligen bankenkritischen Serie) ausgestrahlt hat, jeweils mehr als einen Tag das Institut lahmgelegt (Kosten zwischen 5 und 10.000.- DM).

Aber es gibt auch andere Gratifikationen als das liebe Geld und es begeistert heute keinen mehr, wenn "der Rubel rollt", denn was ist der Rubel schon noch wert?



*Sind Sie gelangweilt? Bitte umblättern zu Punkt 3, da stehen die Mißerfolge. Für die Getreuen noch zwei weitere Beispiele und eine kleine Auswertung.*

d) Unser Gutachten zum Regierungsentwurf eines Verbraucherkonkurses gibt einen Einblick, wie breit politische Diskussionsprozesse heute noch angelegt sind, die die soziale Wirklichkeit nachhaltig beeinflussen, gleichwohl aber sich nicht für Stantischlösungen eignen. Es ging um nichts weniger als die Entschuldung von Millionen Verbrauchern und damit um die Entlastung von Sozialhilfe, Staatsausgaben und die Unterstützung der von den Kommunen hauptsächlich getragenen Schuldnerberatung. Die Regierungskommission zur Insolvenzrechtsreform hatte das Thema (trotz ausländischer Vorbilder) schlicht vergessen. Es wurde dann hastig (aufgeschreckt durch die Konkurrenz mit der fortgeltenden DDR-

Gesamtvollstreckungsordnung) ein eher handgestrickter Entwurf nachgeschoben. Damals gelang es, die Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände für ein Gutachten zu interessieren. Wir stellten das IFF mit 8 Personen fast 2 Monate für diese kurzfristige und dringliche Aufgabe zur Verfügung. Da das Ergebnis des Gutachtens für den Regierungsentwurf ziemlich vernichtend war, lieferten wir aus eigener Initiative und auf eigene Kosten ein paar Elemente für einen Alternativentwurf mit. Bei einer eilig einberufenen Pressekonferenz gab es noch kaum Resonanz.

Anschließend organisierten wir gemeinsam mit unseren Partnern einen Gesprächskreis und entwickelten einen Alternativentwurf, der von den Auftraggebern getragen wurde.

In der Zwischenzeit waren wir auch auf internationaler Ebene aktiv, stellten der finnischen, norwegischen, niederländischen Kommission unsere Unterlagen zur Verfügung, organisierten zu diesem Thema die Konferenz in Birmingham mit und hatten Resonanz in der größten Fraktion im Europaparlament über die englischen Abgeordneten.

Das IFF beteiligte sich an einem niederländisch geführten EG-Projekt zu einem EG-Verbraucherkonkurs. In Deutschland wurden eine Reihe von Tagungen und Seminaren beschickt, in den gewerkschaftsnahen *WSI-Mitteilungen* erschien ebenso eine Kurzzusammenfassung der deutschen und internationalen Vorschläge wie in der banknahen *Kreditpraxis*.

Beim Hearing zur Insolvenzordnung im Bundestag dominierte dann sogar der Verbraucher. Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie einige Experten zeigten sich vorbereitet, hatten Alternativen zu bieten und konnten vor allem die Presse überzeugen. Es war ein Desaster für die beiden Beamten aus dem Justizministerium, die ohne Kontakt zur Praxis uns immer nur den Aufsprung auf ihren Zug empfohlen hatten. Der Zug fuhr allerdings dann ohne sie weiter.

In der Zwischenzeit konnten wir vom IFF in Fernsehdiskussionen und in den Printmedien die Positionen ua im Streitgespräch mit den beiden Justizstaatssekretären (Bayrisches Fernsehen und SAT 1) und mit dem Sparkassenpräsidenten verdeutlichen.

Schließlich fanden sich dann in Bonn Verbraucherverbände, Wohlfahrtsverbände, BAG-Schuldenberatung, und sogar eine Vertreterin des DGB (für 1/2 Stunde) zwei Tage zusammen und legten die Konturen eines neuen Alternativentwurfs fest, den das IFF ausarbeitete. An diesen Gesprächen nahmen auch an beiden Tagen die nunmehr neuen zuständigen Referenten des Justizministeriums sowie der SPD-Bundestagsfraktion (die hatte sich zwischendurch eine eigene Bürokratie ausgedacht, ein Vorschlag, der dann Gott sei Dank nicht weiter verfolgt wurde) teil. Es hat uns dann nicht mehr sehr überrascht, daß ein neuer Regierungsentwurf erarbeitet wurde, der eine Vielzahl von Ideen des Alternativentwurfs aufnimmt. Die Pressekonferenz der Verbände, auf der das IFF den Entwurf erläuterte, hatte dann auch ein ganz anderes Echo als noch 3 Jahre zuvor.

Das Thema wäre uU in Deutschland verschlafen worden. Selbst als ein allgemeines Erwachen festzustellen war, mußten erst Personen in Organisationen gefunden werden, die über alle Konkurrenz- und Lähmungsmechanismen hinaus, die unseren Etablierten heute so eigen sind, die Sache in den Vordergrund gestellt haben.

Auch in diesem Bereich werden wir uns nicht zufrieden zurücklehnen können sondern arbeiten an der praktischen Umsetzung etwa durch entsprechende Entwicklung unsere

Budgetprogramm CADAS zur Integration von Entschuldungsplänen nach der Insolvenzordnung 94 sowie an einem ersten vereinbarten Gesprächstermin mit den Spezialbanken über die neue Insolvenzordnung.

e) Es gibt weitere Beispiele, wie etwa das für das Bundesbauministerium erarbeitete und vom ihm verleugnete Gutachten zu gescheiterten Baufinanzierungen, das in mehreren Fernsehsendungen ausgewertet wurde und inzwischen auf eigene Initiative des IFF als Buch ("Risiko Baufinanzierung") erfolgreich publiziert worden ist. Dabei ist das Böartige, was wir herausgefunden hatten, nämlich das Bausparkassen mit der Bausparsofortfinanzierung fremde Märkte erobern wollen und dabei Bauleute mit geringerem Einkommen ruinieren, inzwischen auch Gemeingut bei den Bausparkassenverbänden selber, die nach ihren Bekundungen gegenüber dem IFF gegen solche Methoden vorgehen. Über solche und andere Themen finden inzwischen direkte Gespräche mit den Bausparkassen statt. Hier hat sich das Ministerium übereifrig schützend vor eine Branche gestellt, die letztlich unsere Gutachten zur eigenen Verbandspolitik nutzen konnten. Vorseilender Gehorsam gegenüber vermeintlichen Partnern in der Wirtschaft ist so ziemlich das schlimmste Armutszeugnis, das sich ein Ministerium ausstellen kann.

f) Wir könnten noch von Lebensversicherungshypotheken, falscher Tilgungsverrechnung, Allfinanzprodukten oder Ansätzen sozialer Investition von Versicherungsgeldern berichten, wo überall ein ähnliches Schema wirksam war, dessen Grundsatz darin besteht, daß man heute weder Kritik noch gute Vorschläge alleine entwickeln darf sondern jeder Gedanke immer zugleich Projekt von der Idee bis hin zum Eindrehen der letzten Schraube ist. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, mühsam errungen, erweist sich heute als Hindernis für Effizienz und Erfolg gerade im politisch-sozialen Sektor und was Dürrenmatt in seinen Physikern andeutet ist in der Lean Production sogar zum betriebswirtschaftlichen Ziel erhoben.

Die Projekte haben dabei viele Dimensionen: interdisziplinäre Erarbeitung der Grundlagen, Publikation in der Fachpresse, rechtliche Umsetzung der Vorschläge im Kontakt mit der Politik, Organisation und Vorbereitung der Darstellung der Problematik in der Öffentlichkeit, Anleitung praktischer Beratungsstellen, mit den Ergebnissen umzugehen und Etablierung von EDV-Programmen, Schulungsunterlagen, Fernlehrgängen u.ä.m. Und wer kontrolliert solcherart politischer "Einflußnahme"? An die Stelle von Abstimmungen ist so ein diffuses Kontrollorgan wie der öffentliche Erfolg getreten.

Unsere Auftraggeber bezahlen in der Regel nur das Gutachten zum Problem. Die Hilfestellung im politischen Umsetzungsprozeß gilt in der Regel als "pro deo" Tätigkeit. Es ist anrühlich in Deutschland, sich für die Erreichung eines guten Zwecks auch noch bezahlen zu lassen. Das ist auch richtig, solange diejenigen, die solche Zwecke öffentlich verfolgen, bereits unabhängig von ihrer Arbeitsleistung gut bezahlt werden wie das in Behörden, Verbänden und Parteien für die Spitzenpositionen immer noch gilt. Aber reicht deren Engagement noch in einer Zeit, in der öffentliche Aufgaben privatisiert werden? Privatisierung heißt ja nicht unbedingt, daß soziale Ziele nun von der Privatwirtschaft umsortiert werden sondern häufig wird nur das weiterverwertet, was daran ohnehin nicht sozial war, während das Soziale als unrentabel ausgesondert bleibt. Die Privatisierung der Postbank bringt den verbesserten Service für die Haves und den Abschied vom Anspruch auf das kostenlose Girokonto für die Have-Nots.

Für das IFF, das die Auffassung etablieren möchte, daß gemeinnütziges Engagement sich erst dann in unseren Wirtschaftsprozeß integriert, wenn dessen Kosten auch im marktmäßigen Leistungsentgelt getragen werden, sind solche Einstellungen tödlich. Ich komme unter 3. darauf zurück.

Tatsache ist, daß bisher das IFF mit der Ausnahme des recht schäbig endenden Gutachtenauftrags aus dem Bauministerium (44.000 DM netto für 1 Jahr Arbeit von 3 Wissenschaftlern) in Deutschland von keiner politischen Partei, keiner Behörde oder Regierungsstelle irgendein Entgelt für seine Beratung, Gutachten oder wissenschaftliche Unterstützung bekommen hat. Sollte dies das Prinzip dieser Instanzen auch gegenüber anderem privaten Engagement sein, so darf vorhergesagt werden, daß der institutionalisierte politische Sektor sich im Bereich des sozialen Engagements selber irrelevant macht. Es wird nämlich (bis auf die Gesetzgebung und auch die läßt sich durch Empfehlungen und Agreement ablösen) immer weniger Gründe geben, gerade mit dem Staat noch darüber nachzudenken, was dieser machen könnte, wenn er entweder Geld oder Konzepte hätte.



N. Bundesländer

3. Lassen wir uns von ein paar Nadelstreifen in den zerissenen Hosen privater Gemeinnützigkeit im Jahr 1993 nicht beirren. 1993 war insgesamt ein Jahr des Verlustes von **Wertvorstellungen**.

Diejenigen, die an die staatliche Machbarkeit einer sozialen und gleichen Gesellschaft geglaubt hatten, und sich vorsichtshalber vor der empirischen Wirklichkeit des realen Sozialismus gedrückt hatten, mußten nun mit der unübersehbaren Empirie seiner Überreste endgültig erkennen, daß es wohl nicht nur an der von Marx schon beklagten russischen Rückständigkeit lag, daß ein Staatsapparat selbst unter Aufgabe aller sonstigen humanen Ideale nicht in der Lage ist, auf Dauer die nutzenorientierten Selbststeuerungsmechanismen einer privaten Wirtschaft zu ersetzen. Das ostdeutsche Disaster war grundlegender als alle links der Mitte es wahrhaben wollten. Das IFF hat einen Teil davon hautnah mitbekommen, war es doch noch vor der Wiedervereinigung mit seinem IFFO in Ost-Berlin präsent. Es gab wenig bis nichts, an das gerade unsere Konzeption eines sozialen Verbraucherschutzes anknüpfen konnte. Der Verbraucherschutz der EX-DDR fing daher drüben auch allgemein dort wieder an, wo wir ihn in den 50ziger Jahren im Westen hatten, beim Warentest und der Einkaufsberatung für solche, die Zeit und Geld für den Einkauf hatten. Unser Angebot aktiv an der Prävention von Überschuldung, Anlagebetrug und Haustürvertretern in den NBLs mitzuwirken, wurde belächelt. DDR-Bürger seien Spartypen und verschuldeten sich nicht, sie wären der Marktwirtschaft gegenüber außerordentlich skeptisch und machten daher keine vorschnellen Erwerbsentscheidungen, so hieß es bei unseren Partnern der Verbraucherszene und lautstark in der Presse, die den Zweckoptimismus der westdeutschen Finanzdienstleistungsbranche nachdruckte.

Dieser Zweckoptimismus erweist sich inzwischen als Nebelgranate, nachdem die Stornoquoten der Versicherer im zweistelligen Bereich sind, aber auch jede Gemeinde im Anlagebetrug dort drüben fröhliche Urstände feiert und die vom IFF mitgestaltete Sendung zur Überschuldung im mitteldeutschen Rundfunk ein "echter Renner" wurde mit

ungeahntem Rücklauf.

Auch unser Angebot zur Mithilfe beim Aufbau einer präventiven Schuldenberatung stieß auf taube Ohren. Unbeeinträchtigt von langen Diskussionen in den USA und der BRD über die negativen Folgen von Schuldenfonds für die Praktiken dubioser Vermittler ("Sie können ruhig unterschreiben, wenn sie nicht mehr zahlen können, springt der Schuldenfonds X ein.") verschickte eine Verbraucherzentrale dort Bettelbriefe an Lieferanten, um einen Schuldenfonds zu speisen, der ihrer von der EG finanzierten Schuldenberatungsstelle die Attraktivität sichern sollte.

Jeder muß seine eigenen Erfahrungen machen und auch das IFF hat das gelernt, nachdem das IFFO im August mit dem Auslaufen der ABM finanziell am Ende war und zur Zeit nur ehrenamtlich weiterbetrieben wird. Die investierte Arbeit (regelmäßiger personeller Austausch, EDV-Einrichtung und Schulung, gemeinsame Publikationen und Veranstaltungen) wurde für uns mit der Auflösung zumindest unsichtbar. An unseren Leuten drüben hat es sicher nicht gelegen, die mit den knappen Mitteln rumreisten, Zeitungsartikel und Bücher unter Kosten verfaßten und Schulungen sowie Beratungen ohne Ersatz anboten. Entsprechend haben sie auch gut dotierte Stellungen erhalten, die ihrer Qualifikation gerecht werden: Anne Maretzke ist Geschäftsführerin eines gemeinnützigen Verbandes in Bonn und Christina Niedermeyer Professorin an einer Fachhochschule in Sachsen.

Aber auch diejenigen, die mit paternalistischem Schulterklopfen den Sieg der Marktwirtschaft und ihrer Ethik teils wohlmeinend teils bierselig im Wiedervereinigungstaumel unter dem Brandenburger Tor feierten, leiden unter Wertverlusten. Geeintes Deutschland = besseres Deutschland? 70% finden heute, glaubt man Wickert, zwei Deutschländer wären erst einmal für den Übergang das bessere gewesen. Bei meinem Vortrag zum 5-jährigen Bestehen der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern über "Sozialen Verbraucherschutz", in dem es darum ging, Aspekte im marktwirtschaftlich organisierten Finanzdienstleistungssektor zu beleuchten, die gerade für den Verbraucherschutz in den NBLs wesentlich sind wie soziale Diskriminierung, Ausschluß vom Kontozugang, Zins- und Gebührendifferenzen, Red Lining, Mikro-Regionen, neue Armut und Sozialabbau, meinte ein Teilnehmer anschließend beim Bier beinah anerkennend zu mir, daß so ein Vortrag auch vorher auf der Parteihochschule denkbar gewesen wäre. In der Tat auch unsere Strategen der Ellenbogenlerngesellschaft können heute nicht mit Bestimmtheit sagen, ob wir besser mit der russischen Mafia als mit ihrer Nomenklatura zurande kommen werden und ob die Internationale der Engstirnigkeit besser beherrschbar sein wird als die der selbsternannten Internationalisten.

Auch in der konkreten Arbeit des IFF sind die Wertirritationen unverkennbar. Die Gleichung, daß die natürlichen Verbündeten eines sozialen Verbraucherschutzes bei den Sozialverbänden zu suchen sind, während man der Wirtschaft allenfalls die Rolle des notwendigen aber ungern gesehenen Produktivitätsgaranten überlassen möchte, ist schwierig geworden.

Das IFF hat Gewerkschaften, Sozialbehörden und Wohlfahrtsverbände allzu oft als mimosenhaft auf Selbsterhaltung und Selbstachtung fixierte Bürokratien erfahren müssen. Am Beispiel der Schuldenberatung, an deren Aufbau wir von Anfang an mitbeteiligt waren, wurde deutlich, wie soziale Problemfelder auch als Privateigentum verwaltet, ihre "Schein-

"Bewältigung an den Staat für gutes Geld und an die Öffentlichkeit als gute Tat verkauft wird, während in der Sache selber Dilletantismus und Selbstgenügsamkeit groß geschrieben wird. Gemeint sind nicht die SchuldenberaterInnen, die ohne Hilfsmittel, Schulung und Perspektive sich in der Praxis abrackern sondern Funktionäre, die schon lange nicht mehr anders als bei Jubiläen in der Praxis waren. In zwei Festvorträgen bei Schuldnerhilfevereinen in Köln und Berlin konnten wir die These loswerden, daß die staatliche Subventionierung (so unumgänglich sie zur Zeit ist) zugleich eine falsche Struktur fördert, den zweitschlechtesten Rat für die Schwächsten (der Schlechteste ist die erzwungene Selbstberatung) garantiert, und den präventiven Aufgaben einer Integration sozialer Funktionen ins Bankgeschäft entgegenwirkt.

Trotz des nach außen großen Erfolges des IFF in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden beim Verbraucherkonkurs und im Aufbau der Schuldenberatung ist tatsächlich die offizielle Zusammenarbeit auf einem Nullpunkt angelangt.

Mit einem Verband mußten wir den Kooperationsvertrag kündigen, weil die Zusammenarbeit allein in der Inanspruchnahme von Rabatten bestand. Der andere Verband stieg 1 Woche vor Manuskriptabgabe aus dem gemeinsamen Schuldenreport aus (weil wir uns "taktisch" falsch verhalten haben sollen) und aus der Zentralstelle des dritten Verbandes war zu hören, wir wollten uns mit dem Gesetzentwurf zum Verbraucherkonkurs "eine goldene Nase" verdienen. Schließlich versetzte der verbleibende vierte Verband einen seiner versiertesten Schuldenberater, mit dem wir wichtige Schritte gemeinsam gemacht hatten, in die Männer-Betreuung und schloß seine Schuldenberatungsstelle.

Mit den Sozialverwaltungen ist es häufig nicht besser bestellt. Nach zweijähriger Vorbereitung hatten wir den Sozialverwaltungen in Norddeutschland ein Konzept unterbreitet, wie sie ihre Schuldenberatung verbessern, Fortbildung und Ausstattung gewährleisten und ein bißchen Qualitätswettbewerb integrieren könnten. Wir hatten vorgerechnet, daß alle zusammen nach dem Gießkannenprinzip zur Zeit mehr als 3 Mio hierfür ausgeben, während 400.000.- DM mit erheblich höherer Effizienz und durch Nutzung vorhandener Synergien ausreichen müßten. Ein Land schrieb, daß man die 1 Mio weiter verteilen würde und damit die Rolle der Landesregierung erschöpft sei. Das zweite Land, bei dem 2 1/2 Stellen unkoordiniert fern der Schuldenberatung diese unterstützen sollen, sagte Prüfung und Teilnahme zu. Das war das letzte, was wir von dort hörten. Ein drittes Land, von wo viel Markiges in die Presse kommt, aber praktisch überhaupt nichts dergleichen passiert, schaffte nicht einmal den Eingang des Briefes zu bestätigen. Im IFF saßen wir dann mit den Vertretern zweier Bundesländer mit dem Ergebnis: Problem erkannt aber bitte von den Sozialverwaltungen nicht Spar oder Vorschläge zum Outsourcing verlangen.

Besonders erstaunlich auch für das IFF die Nachricht, daß das Bundesfamilienministerium (das uns bereits bei der Überschuldungsuntersuchung im Vorverfahren rausgeworfen hatte) nunmehr ein Programm für Schuldenberater finanziert hat, das die Bundesarbeitsgemeinschaft der Schuldenberatungsstellen vertreibt und mit dem nun endgültig gesichert ist, daß keiner in der abgespeckten Szene überleben können. Der Staat macht bewußt oder unbewußt soziales Engagement im Privatsektor kaputt, weil gegen den subventionierten Kampfpfeis von knapp 400.- DM ein Programm, das wir in 6 Jahren zum bisher einzigen umfassenden und auch mit über 70% meistgenutzten Schuldenberatungsprogramm entwickelt haben, es schwer haben wird. Die Sozialarbeiter

werden kaum verstehen, warum sie bei uns das vierfache zahlen sollen, wobei auch das nur die Hälfte der Kosten sind. Wir werden uns wohl auch in diesem Bereich auf Budgetberatungsmodule konzentrieren müssen, weil der Sozialsektor seine eigenen Marktgesetze kennt.

Neue Armut - eine Beschäftigungsgarantie für den Sozialsektor? Gut für die Manager dieses Sektors und für die Gewissensentlastung der Wirtschaft, die diese Aufgabenteilung braucht - schlecht für die Armen, deren Armut wird zugleich mitgarantiert.

Wir haben im IFF nach dem Weggang von Rolf Schulz-Rackoll, der jetzt Professor an der Fachhochschule Jena ist, die Konsequenzen ziehen müssen und (trotz personeller Alternative und hervorragenden Synergieeffekten) die Stelle nicht mehr neubesetzt. Keine Sozialverwaltung, keine Hochschule und kein Verband war in der Lage, trotz mehreren Konzepten und zig Gesprächen den Bereich Schuldenberatung bei uns weiter institutionell zu ermöglichen. In der praktischen Schuldenberatungsarbeit werden wir weder in der Bildung die Kooperation mit dem Verbraucherinstitut fortsetzen können noch im bisherigen Umfang als Ansprechpartner für alle diejenigen hervorragenden Einzelkämpfer und Einzelkämpferinnen in der Szene zur Verfügung stehen können, mit denen wir bisher zusammengearbeitet haben. Die Frage, was leichter ist, die Banker zu sozialem Denken zu bringen oder dem Sozialsektor wirtschaftliches Verständnis zu vermitteln, löst sich zunächst einmal budgetmäßig.



4. Dafür haben wir jetzt ein neues spannendes Arbeitsfeld, dessen Logik der bisherigen Entwicklung folgt. Hatte wir der Arbeitsteilung von Sozialhilfe und Warentest das Konzept des sozialen Verbraucherschutzes entgegengestellt, so gehen wir jetzt, wo es in der Dienstleistungsgesellschaft auch anderen auffällt, daß man Geld haben und Geld ausgeben nicht mehr so einfach voneinander trennen kann, einen Schritt weiter: vom sozialen Verbraucherschutz zum sozialen Investment. Verbraucher, so haben wir es wiederholt geschrieben und referiert, geben nicht Geld aus oder bezahlen sondern sie investieren mit jeder Mark, die sie an einen Anbieter aus welchen Gründen auch immer überweisen gerade in diesen Anbieter, seine Produkte, Strukturen und sein Verhalten. Verbraucher sind die größten (und zugleich noch ignorantesten) Investoren unserer Wirtschaft.

Die Wirtschaft sollte sich auf den Augenblick vorbereiten, wo die Ignoranz nachläßt und diese Investoren (wie teilweise schon im Umweltbereich deutlich) nach dem sozialen, ökologischen und ökonomischen Erfolg ihrer Investition fragen. Es gibt schon Ansätze intelligenter und vorausschauenden Marketings wie etwa der Bankier der ASLK-Bank, der nach 10 Jahren im Marketing dieser Bank für deren Sozialinvestitionen zuständig ist und diese als ein eindeutig zukunftsorientiertes Marketinginstrument versteht.

Hier braucht die Wirtschaft Beratung und Anregung und das IFF sieht hier gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Großbritannien und den USA wichtige Tätigkeitsfelder, soziales Know-how in die Wirtschaftssphäre zu vermitteln. In einem ersten Projekt mit der Volksfürsorge Akademie über Sozialinvestment hoffen wir selber mitzulernen. Auf den letzten drei von uns mitgetragenen internationalen Konferenzen war dies Thema und die entsprechenden Erfahrungen bereits zentrales Anliegen. In diesem

Zusammenhang verstehen wir auch unsere Round Table Gespräche mit den Finanzdienstleistungsunternehmen, die 1993 begonnen und kontinuierlich als Diskussionsforen gesprächsbereiter Gruppen aus Wirtschaft und Sozialsektor von uns angeboten werden.

Wer liest so viel? höre ich gerade. Wenn Sie es geschafft haben, bis hierhin sich noch für das IFF zu interessieren, können Sie uns ruhig eine kleine Reaktion schicken; denn einverstanden sind Sie bestimmt nicht. Rückantworten ermutigen. Vielleicht gibt es ja auch ein paar Anregungen, die wir weitertransportieren können oder wie wir ein paar Defizitprojekte retten können..

Mit den besten Wünschen für 1994

Ihr Udo Reifner